

NIEDERSCHRIFT Nr.: 31/S

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 18.04.2018, um 16.38 Uhr**

31. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.38 Uhr

Sitzungsende: 17.57 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Robert Bücking

Frau Susanne Grobien

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Max Liess

Herr Nima Pirooznia

Herr Dr. Volker Redder

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Krumsee-Budde

Herr Meyer

Herr Peters

Herr Staatsrat Schulz

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Frau Wessel-Niepel

Herr Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil. Die Beschlüsse der städtischen Deputation werden entsprechend auf die städtische Deputation übertragen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 30/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 07.03.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 2 Sondervermögen Hafen

Neubau der Columbuskaje in Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/423-S

Herr Howe führt ausführlich in das Vorhaben ein.

Die Columbuskaje stelle als ein knapp 100jähriges Bauwerk eine der ersten Stromkajen dar, die eine der damals größten Wassertiefen hätte bieten sollen. Bereits kurz nach dem Bau sei eine erste Verschiebung der Kaje in Richtung Weser festgestellt worden, sodass erste Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen eingeleitet worden seien. Die rechnerische Wassertiefe von 12,5m sei nie erreicht worden; regelmäßig habe sie etwa 1,5m unter dieser Marke gelegen. Nach dem Krieg, im Zuge der Steigerung der Fahrgastzahlen und der Entwicklung neuer Schiffstypen seien weitere Sanierungsmaßnahmen für die Standsicherheit der Kaje umgesetzt worden, sodass sich heute eine Wassertiefe von rund 9,3m-9,5m ergebe.

Aktuell sei eine erneute und offenbar nachhaltige Steigerung der Fahrgastzahlen festzustellen; so bedeute eine Steigerung um 68% eine Steigerung von 100.000 Fahrgästen in 2016 auf rund 170.000 Fahrgäste in 2017, und die Kalkulation für 2019 erwarte rund 220000 Fahrgäste. Die heute für Kreuzfahrten verwendeten Schiffstypen wirkten als quer in der Weser liegende Hochhäuser, deren Windangriffsfläche über die Tampen auf die Kaje wirke. So sei die Kaje bereits in der jüngeren Vergangenheit bei Ostwindwetterlagen, die das Wasser aus der Weser drückten und somit den Wasserdruck auf die Kaje verminderten, sperrpflichtig gewesen, weil die Standsicherheit nicht mehr gegeben gewesen sei. Zudem wirke sich der geschilderte Kreuzfahrtboom auch auf die Anzahl der Schiffsankünfte aus; von 2017 auf 2018 sei eine Steigerung von 100 auf 124 zu erwarten, was den Handlungsbedarf verstärke. Vor diesem Hintergrund sei zwischen den in der Vorlage dargestellten Sanierungsvarianten die Entscheidung für einen Neubau der Kaje mit einer Spundwand gefallen. Diese Variante biete einen Vollausbau, große Wassertiefen und ermögliche die Ankünfte auch der neuesten

Schiffstypen. Mit rund 78 Mio. € stelle sie die teuerste, aber vor dem Hintergrund der dargestellten Marktlage im Kreuzfahrtbereich – potentiell mindestens für die nächsten 10-15 Jahre - und einer Nutzungs- und Lebensdauer des Bauwerks von voraussichtlich über 100 Jahren auch die nachhaltigste Lösung dar. Der wirtschaftliche Nutzen der Kaje werde sich durch den Tagestourismus im Kreuzfahrtumfeld ergeben; hier biete Bremerhaven ein attraktives Gesamtpaket mit der Anbindung ans Hinterland und der vorhandenen lokalen Infrastruktur für Passagiere an. Insgesamt betrachtet werde damit ein zukunftsfähiges Konzept vorgelegt.

Abg. Bücking fragt, ob es eine fiskalische Untersuchung zu Best- bzw. Worst-Case-Szenarien gebe.

Abg. Kastendiek spricht sich grundsätzlich für den Neubau der Columbuskaje aus, zumal sich absehbar eine positive Marktlage abzeichne und es nicht zu viel Kajeinfläche in Bremerhaven geben könne. Die Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsaspekte seien in der Vorlage aber nur unzureichend dargestellt worden. Der richtige Weg wäre eine Vorlage für ein allgemeines Bekenntnis zum Projekt, gefolgt von einer ausführlichen Vorlage zur Finanzierung gewesen.

Abg. Reinken sieht mit der Vorlage die Forderung nach einem Bekenntnis zur Columbuskaje erfüllt; er begrüße auch den Beschluss des Senats zum Neubau der Columbuskaje. Er stimme zu, dass der weitere Prozess insbesondere zur Finanzierung inhaltlich weiter zu hinterlegen sei.

Dep. Dr. Redder vermisst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die zugegebenermaßen für derartige Projekte auch schwierig sein mag, aber vor dem Hintergrund der Gefahr einer völlig unbrauchbaren Kaje stimme er der Vorlage zu.

Abg. Bücking stellt klar, dass er den Neubau grundsätzlich für alternativlos halte. Eigentlich sei vorgesehen gewesen, das Projekt inklusive fiskalischer Effekte auch in der heutigen – ausgefallenen – Sitzung des Hafenausschusses beraten zu lassen. Er schlage vor, dieses in der Sitzung am 13.06.2018 nachzuholen.

Abg. Rupp spricht sich ebenfalls für den Neubau der Columbuskaje aus.

Senator Günthner hält es für hilfreich, wenn für die weitere Diskussion im Hafenausschuss auch die Reedereien eingebunden würden, um die inhaltliche Begründung für den Kajenneubau vertieft darzustellen. Er erinnert, dass auch der Neubau des Columbus Cruise Centers bis zum Einsetzen des Kreuzfahrtbooms als Fehlinvestition gegolten habe.

Abg. Frau Grobien kündigt an, den Kajenneubau auch im Hafenausschuss noch einmal zu thematisieren. In der Tat handele es sich um ein Jahrhundertbauwerk, das durch die aktuell positive Marktlage gerechtfertigt erscheine, trotzdem fordere sie eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein.

Abg. Kastendiek bemerkt, die erforderliche haushaltsmäßige Begleitung müsse auch in der Deputation stattfinden.

Abg. Liess stellt fest, dass aktuell die Planungen für den Neubau vorangetrieben würden; die dafür erforderlichen Planungskosten seien bereits im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Hafen beschlossen worden.

Auf die Frage des **Abg. Rupp**, warum der Vorlage keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den HaFA beigefügt worden sei, erklärt **Herr Peters**, dass sich eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung unter Berücksichtigung aller Faktoren und Umstände schwierig darstelle, aber gleichwohl Gegenstand der ES-Bau sei. Letztendlich ergebe sich die Wirtschaftlichkeit nicht aus dem Kajenbetrieb, sondern aus einer Kausalkette über die Generierung von Beschäftigung, Einwohnereffekten und dem touristischen Umfeld, die zu direkten, indirekten und induzierten fiskalischen Einahmeeffekten für den bremischen Landeshaushalt führten. Dies könne in der weiteren Beratung vertieft dargestellt werden.

Das Projekt befinde sich jetzt im Stadium der ES-Bau, diese werde in eine EW-Bau münden, die dafür erforderlichen Planungskosten seien mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans für das Sondervermögen Hafen verabschiedet worden. Der vorliegende Senatsbeschluss sowie der heute zu fassende Deputationsbeschluss sähen vor, neben der grundsätzlichen Zustimmung zur Realisierung des Projekts, die erforderliche Verpflichtungsermächtigung in einer nachfolgenden Sitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse einzuholen. Dies sei ein ganz normales Vorgehen gemäß der Landshaushaltsordnung, die die Beschlussfassung solcher Projekte auf der Grundlage einer vorzulegenden ES-Bau, wie Sie dieser Beschlussvorlage zugrunde liegt, vorsehe. Er sagt weiter zu, die vorliegende ES-Bau in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ausführlich darzustellen.

Abg. Kastendiek reklamiert, diese Ausführungen zur Haushaltstechnik fänden sich nicht im Beschlussvorschlag zur Vorlage wieder.

Abg. Bücking sieht nach den ressortseitigen Erläuterungen kein Zustimmungshindernis gegenüber der Vorlage. Über eine vertiefte Darstellung im Hafenausschuss bestehe Einigkeit mit der Opposition.

Abg. Liess betont, dass die Deputationsmitglieder übereinstimmend und fraktionsübergreifend sowohl das Projekt begrüßten wie auch eine vertiefte Darstellung zur haushaltsmäßigen Abwicklung im Rahmen der Entwicklung des Neubaus erwarteten. Ebenso erwarte die Deputation, dass das Verfahren wie von Herrn Peters skizziert, auch abgearbeitet werde.

Abg. Kastendiek erwidert dazu, dem könne sich die CDU-Fraktion anschließen, nicht jedoch den Ziffern 2 und 3, wie sie aktuell formuliert seien.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Hafen nimmt den Bericht zum Zustand der Columbuskaje Bremerhavens mit der dringenden Neubaunotwendigkeit zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Hafen stimmt dem Neubau der Bremerhavener Columbuskaje mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 78,680 Mio. € zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen nach Bestätigung der Kosten die haushaltmäßige Veranschlagung der Baukosten als Verpflichtungsermächtigung dem städtischen Haushalts- und Finanzausschusses zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Ausgleichsmaßnahmen an der Lesum

Vorlage Nr. 19/508-S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmen für die Ausgleichsmaßnahmen an der Lesum mit Gesamtkosten von 1.588.000 € zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt der Finanzierung eines weiteren Betrages in Höhe von 668.000 € aus der vorhandenen Liquidität des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestätigt die als Anlage 2 beigefügte Darstellung nach Art. 131 a BremLV.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 4 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis Dezember 2017 (Jahresabschlussbericht)

Vorlage Nr. 19/503-L/S

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zur Minderausgabe im Produktplan 31 erläutert **Frau Jansen**, dass im Bereich der Ausbildungsgarantie mit Abschluss eines Ausbildungsverhältnisses Verpflichtungen von bis zu vier Jahren eingegangen würden; so müssten abge-

schlossene Ausbildungsverhältnisse aus dem Jahr 2017 bis 2020 abgesichert sein. Mit dem Finanzressort sei daher vereinbart, dass entstandene Reste aus diesem Bereich in Folgejahren zur entsprechenden Absicherung der Ausbildungen übertragen werden könnten. Ähnlich stelle sich die Lage für den Bereich LAZLO dar, in dem in der Regel Arbeitsverhältnisse über zwei Jahre vereinbart würden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Dezember 2017 (Jahresabschlussbericht) zur Kenntnis.

TOP 5 Neuordnung der Wirtschaftsförderungsinstrumente

Vorlage Nr. 19/504-L/S

Abg. Reinken stellt fest, es handele sich um den Abschluss des WFB-Umbaus, der seines Erachtens zufriedenstellend verlaufen sei. Er begrüßt, dass die Umstrukturierung so reibungslos verlaufen sei und erwartet in den nächsten Jahren positive Ergebnisse.

Abg. Kastendiek erinnert an die Grundsatzkritik seiner Fraktion und bemerkt, im Organisationsplan M3B sei noch Herr Rengel als Verantwortlicher für die ÖVB-Arena aufgeführt.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den in der beigefügten Senatsvorlage dargestellten Sachstand und die Beschlussfassung des Senats vom 03.04.2018 zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Controllingausschuss der Bremischen Bürgerschaft zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Emissionsabhängige Entgelte und Nachtflugentwicklung im Kontext des Konzepts zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen

- Dritter Evaluierungsbericht -

Vorlage Nr. 19/505-L/S

Abg. Bücking begrüßt den Bericht mit einer nachvollziehbaren Darstellung der entwickelten Hebel und deren Reichweite zur Reduzierung des Fluglärms am Flughafen Bremen.

Abg. Rupp stellt fest, es gebe eine erfreuliche Entwicklung der Nachtflugzahlen am Flughafen Bremen mit einer deutlichen Senkung der entsprechenden Zahlen; es stelle sich aber

die Frage, ob und wie weit das System eine weitere Reduzierung zulassen werde. Er konstatiert, dass diese deutliche Verbesserung für die betroffene Anwohnerschaft mit staatlichem Handeln erreicht worden sei.

Auf seine Nachfrage zur Entwicklung der Zahlen von Passagieren/Flug erklärt **Staatsrat Siering**, der wesentliche Grund für die Steigerung der Zahlen liege in der laufenden Größenzunahme des Fluggerätes; zudem würden die Fluggesellschaften je nach aktueller Marktentwicklung auch kurzfristig mit größerem Fluggerät reagieren.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Ausführungen über die emissionsabhängigen Entgelte und die Nachtflugentwicklung im Kontext des Konzepts zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen - dritter Evaluierungsbericht - zur Kenntnis.

TOP 7 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung zum 01. Juli 2018

hier: Entsorgungsabgabe für ölhaltige Schiffsbetriebsabfälle

Vorlage Nr. 19/507-L/S

Abg. Frau Grobien reklamiert Erläuterungsbedarf zur Vorlage. Ein Anreizsystem zur sachgerechten Entsorgung ölhaltiger Abfälle sei zwar begrüßenswert, doch sei das Rückvergütungssystem schwer verständlich.

Herr Peters erläutert ausführlich den grundlegenden Mechanismus. Alle Schiffe in den bremischen Häfen erhielten einen Gebührenbescheid über die Entsorgung ölhaltiger Abfälle. Die bremischen Häfen unterhielten zum Zweck der Entsorgung dieses Sondermülls Hafenauffangeinrichtungen. Schiffe, die eine Entsorgung ihres Ölabfalls veranlassen würden, beauftragten dafür private Entsorgungsfirmen, welche den Abfall zur Hafenauffangeinrichtung verbringen würden. Die Kosten der Abholung bekäme die Reederei aus der von allen Schiffen entrichteten Abgabe bis zu einem Höchstbetrag erstattet. Somit entstehe ein Anreiz, ölhaltige Abfälle sachgerecht zu entsorgen. Das Land sei auf Basis internationaler Vereinbarungen verpflichtet, die Entsorgungsabgabe an der Höhe der Entsorgungskosten zu orientieren; entsprechend werde die Entsorgungsabgabe für ölhaltige Schiffsbetriebsabfälle gestaltet und sowohl nach oben wie auch unten angepasst. Die Wettbewerbsfähigkeit sehe er als gegeben an, denn die Entsorgungsabgabe liege nur knapp über der Abgabe Hamburgs, allerdings deutlich über der Rotterdams, doch sei die Rückvergütung deutlich höher als dort.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. Juli 2018 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 8 Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 - Gewerbe- und Marktangelegenheiten - im Handlungsfeld "Digitale Verwaltung und Bürgerservice"

Vorlage Nr. 19/510-S

Dep. Dr. Redder hält den vorgesehenen Mittelrahmen für das Projekt für zu hoch angesetzt; insbesondere die Stundensätze bewegten sich außerhalb der üblichen Marktsituation, so dass er frage, ob überhaupt Konkurrenzangebote eingeholt worden seien. In diesem Zusammenhang verweist er auf europarechtliche Vorschriften zur Ausschreibung.

Abg. Frau Grobien begrüßt das Projekt grundsätzlich, stellt aber ebenfalls das Mittelvolumen in Frage und problematisiert die inhaltliche Abstimmung mit dem Finanzressort.

Frau Wessel-Niepel erklärt, für dieses Projekt würden Mittel aus dem senatsseitig beschlossenen Handlungsfeld „Digitale Verwaltung und Bürgerservice“ abgerufen werden. Sie führt weiter aus, dass die Möglichkeiten, die die in der Abteilung aktuell eingesetzten Fachverfahren migewa und MarktmeisterPro böten, noch nicht ausgeschöpft würden. Ziel des in enger Abstimmung mit dem Finanzressort entwickelten Projektes sei nach einer erfolgten Prozessanalyse die Weiterentwicklung der Digitalisierung. Im Vordergrund stehe dabei eine Prozessoptimierung, die Weiterentwicklung der Online-Dienstleistungen, die Einführung des Terminmanagementsystems, der E-Akte und des ePayment. Die Fachverfahren seien bereits zu Dataport migriert.

Abg. Rupp vermisst eine tragfähige Begründung für die Verwendung zusätzlicher Mittel für dieses Projekt, zudem von rund 200.000 € rund 120.000 € für die Projektleitung reserviert seien. Seines Erachtens gehöre ein solcher Prozess in das tägliche operative Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Dataport als DV-Dienstleister.

Staatsrat Siering unterstreicht nachdrücklich das mit dem Projekt verbundene Ziel einer modernisierten Verwaltung. Nach der Integration der neuen Abteilung 5 und den neuen Aufgaben „Gewerbe“ und „Märkte“ solle das Aufgabenkonvolut mit den vorhandenen Personalressourcen abgearbeitet werden können; den Bereich „Gewerbe“ wolle man zukünftig von der Anmeldung an komplett digital abbilden und organisieren. Vor diesem Hintergrund sei die angestrebte Prozessoptimierung auch als Organisationsprozess zu verstehen und dürfe als Vorlage für andere Abteilungen gelten.

Dataport als DV-Dienstleister erbringe die vorgestellten Leistungen nicht kostenfrei und sei - in Richtung des Dep. Dr. Redder – als Körperschaft des öffentlichen Rechts auch in-house-fähig. Im Ergebnis stehe der vorgestellte Prozess für eine optimale Softwareleistung und -ausnutzung.

Abg. Kastendiek begrüßt die mit dem Projekt verbundenen Ziele wie E-Akte, Terminorganisation und andere Bereiche, befürchtet aber, dass die einzelnen Senatsressorts jeweilige In-sellösungen anstrebten; eine solche Strategie widerspräche der Gesamtstrategie des Se-

nats zur Digitalisierung. Den Einkauf externen Sachverstands halte er – insbesondere bei Projekten dieses Umfangs – für unkritisch, doch werfe die mit dem vorgestellten Digitalisierungsprojekt verbundene Vergütung Dataports Zweifel auf.

Dep. Dr. Redder lobt die Kompetenz des Finanzressorts im Bereich Digitalisierung, doch fehle es an einer Richtlinienkompetenz. Bezüglich der Kosten für die Projektleitung sei er nach den Ausführungen des Ressorts nicht überzeugt und fordert eine stärkere Orientierung an marktüblichen Sätzen.

Abg. Reinken signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er stellt unter den Deputationsmitgliedern Einigkeit zur Digitalisierungsstrategie des Senats und der erforderlichen Beteiligung Dataports sowie des Finanzressorts fest. Die Digitalisierungsstrategie des Senats erfordere aber auch die Einbettung dieses Projektes in die Strategie, sodass eine Alternativbeauftragung abseits Dataports ausscheide. Gegebenenfalls sollte der Senat aufgefordert werden, mit Dataport Leistungen und/oder Vergütungen nachzuverhandeln, aber als Einzelsegment aus der Gesamtstrategie auszusteigen werde nicht funktionieren.

Abg. Rupp äußert den Eindruck, für eine relativ hohe Summe würde ein Workshop organisiert, denn die Aufgaben der Projektleitung seien immer noch unklar. Er fordere eine Konkretisierung der Ziele und Maßnahmen über die in der Vorlage genannten Allgemeinplätze hinaus ein. Der bisher dargestellte Sachstand lasse keine Zustimmung zu.

Abg. Frau Dr. Müller problematisiert den Datenschutz und entsprechende Datenschutzsysteme im Bereich Prostituiertenschutzgesetz und dem damit verbundenen EDV-Modul.

Abg. Kottisch erklärt in Richtung des Dep. Dr. Redder, er hätte einen grundsätzlich freien Einkauf von DV-Dienstleistungen anstelle einer Dataport-Gründung begrüßt, doch müsse das Ressort sich nach dem Aufbau einer solchen Struktur auch in diese integrieren. Die Stundensätze hingegen halte er nicht für überhöht, doch sei völlig unklar, welche der vorgestellten Maßnahmen wie weit im dargestellten Finanzrahmen umgesetzt werden könnten.

Frau Wessel-Niepel stellt in Richtung der Abg. Frau Dr. Müller fest, dass die Datenschutzproblematik im Bereich Prostituiertenschutzgesetz erkannt worden sei. Dazu gebe es bundesgesetzliche Vorgaben, die bei der Abwicklung der Aufgaben über das Modul Prostituiertenschutz berücksichtigt würden. Sie führt weiter aus, das Digitalisierungsprojekt verfolge das Ziel, die bestehenden bremischen Werkzeuge zu E-Akte und ePayment sowie zur Terminsteuerung integriert weiterzuführen. Das dargestellte Maßnahmenpaket umfasse nicht nur die Analyse, sondern auch Umsetzung der Maßnahmen z.B. durch den Einsatz weiterer Module, einschl. der Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Abg. Kottisch bemerkt, dass der Umsetzungsbericht zum Projekt ausführlich analysiert werden und auch eine genaue Kosten und Folgekostenanalyse erfolgen würde, um eine übermäßige Kostenbelastung der Verwaltung zu verhindern; er bittet, dies auch so an Da-

taport zu kommunizieren.

Dep. Dr. Redder bemerkt, das die Stundensätze für Maßnahmen über eine Analysephase hinaus angemessen seien, doch erwecke die Vorlage einen anderen Eindruck. Er rechne weiterhin mit Mehrkosten in Höhe von ca. zwei Drittel des vorgestellten Kostenrahmens.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung des Digitalisierungsprojektes für die Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe der für die Umsetzung notwendigen Landesmittel bis zu einer Höhe von 210.800 € gem. Darstellung unter C. für die Jahre 2018 und 2019 zu.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Umsetzungen gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen vorzunehmen.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um einen Bericht über den Umsetzungsstand des Projektes im 1. Quartal 2019.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von DIE LINKE und FDP sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 9 Aktuelles / Verschiedenes

a) Bericht zum angestrebten Grundstückstausch der Jacobs University zwischen dem Oeversberg-Gelände und dem Gelände nördlich des Campus

Mündlicher Bericht

Herr Dr. Kühling verweist auf den Restrukturierungsprozess der Jacobs University Bremen (JUB) und den damit verbundenen Wachstumskurs der JUB. Der damit einhergehenden steigenden Studierendenzahl müsse ein Ausbau der entsprechend erforderlichen Wohnkapazitäten zur Absicherung des Wachstumspfad folgen. Die JUB habe mitgeteilt, zu diesem Zweck die in ihrem Eigentum befindliche Hälfte des Oeversbergs in Anspruch nehmen zu wollen. Gleichzeitig habe die JUB die Option eröffnet, sich in anderer Richtung zu erweitern, sofern sie für ihre Eigentumsfläche eine entsprechende Kompensation erhalte. Auf dieser Basis wurde ein „Runder Tisch“ unter anderem unter Einbezug der betroffenen Sportvereine errichtet, der im Ergebnis die Entwicklungspotenziale der JUB im Norden des Campus verortet. Die angestrebte Änderung des Bebauungsplans sei der erste Schritt zur Umsetzung des Ergebnisses des Runden Tisches und den damit verbundenen Grundstücksgeschäften bzw. eines Flächentauschs zwischen der Stadt (Science Park) und der JUB (Oeversberg). Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** verneint **Herr Dr. Kühling** eine Betroffenheit des

Investors zum Science Park durch den angestrebten Flächentausch.

Abg. Bücking bittet, die Eigentumsverhältnisse für die betroffenen Flächen zwischen den Beteiligten und den Flächengrößen und –lagen näher zu erläutern.

Herr Dr. Kühling erklärt, die JUB halte auf dem Oeversberg eine 4 ha große Fläche im Eigentum sowie eine Optionsfläche von 3,5 ha. Im Bereich nördlich des Campus halte der Investor des geplanten Science Parks halte eine Fläche von 4.200 m² und eine Fläche von 2.400 m² als Eigentum bzw. optioniert. Die Flächen des Sondervermögens Gewerbeflächen betreffen das sogenannte Blaue Dorf mit 12.000 m², eine freie Fläche mit 6.100 m² sowie eine Fläche mit 15.000 m², auf der ein Erbbaurecht der JUB für 99 Jahre liege.

Abg. Kastendiek bittet, abschließend die Erläuterungen bezüglich der Eigentumsverhältnisse/Flächengrößen schriftlich als Anlage zum Protokoll zu nehmen (siehe Anlage 3).

b) Wirtschaftsprüfungsbericht für die Bremer Märkte

Mündlicher Bericht

Frau Wessel-Niepel erläutert, aktuell liege der Wirtschaftsprüfungsbericht für 2016 vor, der ein Defizit ausweise und zwar unabhängig von den Kosten für den Sicherheitsdienst. Hierfür seien im Haushalt 2018/2019 Mittel eingestellt.

Aufgrund der Kostensteigerungen und daraus resultierenden Defizite werde derzeit im Ressort eine Änderung der Jahrmarktgebührenordnung vorbereitet, die der Deputation noch in diesem Jahr vorgelegt werde. Mit den Schaustellerverbänden sei in einem Workshop im April 2018 über die Rahmenbedingungen und Kriterien beraten worden; dieser Beteiligungsprozess werde fortgesetzt. Die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung seien Grundlage für die erforderliche Erhöhung der Gebühren und würden in die Begründung zur Änderung der Gebührenordnung einbezogen.

Die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung seien Grundlage für die erforderliche Erhöhung der Gebühren und würden in die Begründung zur Änderung der Gebührenordnung einbezogen

Abg. Kastendiek stellt fest, es solle wie bisher in der Innendeputation verfahren werden.

c) Investitionsbedarf am Bremer Flughafen

Mündlicher Bericht

Abg. Rupp fragt, inwiefern der Investitionsbedarf für den Aufsichtsrat überraschend gekommen sei und ob für den regelmäßig entstehenden Investitionsbedarf die erforderlichen Rückstellungen gebildet worden seien. Die Geschäftsberichte der Vergangenheit erweckten vor dem aktuellen Sachstand den Eindruck, die erforderlichen Rückstellungen nicht abzubilden. Im Übrigen bezweifle er, dass der Flughafen Bremen einen Investitionsbedarf von 70 Mio. € über 10 Jahre mit 7 Mio. €/jährlich aus dem operativen Geschäft überhaupt erwirtschaften

könnte.

Abg. Kastendiek bemerkt vor dem Hintergrund der Fragestellung, die Diskussion könnte im nicht-öffentlichen Teil unbefangener geführt werden.

Da sich aus der Deputation kein Widerspruch erhebt, wird die weitere Beratung in den nicht-öffentlichen Teil verlegt.

d) Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs Südseite Europahafen

Herr Dr. Kühling erläutert den Wettbewerbsprozess anhand dreier Übersichtskarten mit der Bepanung des Gebietes, der als Sieger einen Beitrag hervorgebracht habe, der einen besonders gelungenen Umgang mit der Wasserkante entwickelt habe. Des Weiteren biete der Siegerbeitrag die Möglichkeit, einen Großteil der bestehenden Bausubstanz und -struktur - etwa das Silo - zu erhalten. Außerdem habe der Prozess ermöglicht, besonders gelungene Elemente anderer Wettbewerbsbeiträge in den Siegerbeitrag zu integrieren; so habe das Büro OMP besondere Ansätze für die Wohnbebauung entwickelt. Insgesamt sei es ein gelungener und einvernehmlicher Prozess gewesen, und Ende Mai 2018 könne die Deputation voraussichtlich mit dem städtebaulichen Verträge begrüßt werden.

Abg. Bücking bittet, die erforderliche Sondersitzung zum städtebaulichen Vertrag gemeinsam mit der Baudeputation abzuhalten.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen –öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Doppelklick öffnet die Tabelle:

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 18.04.2018)

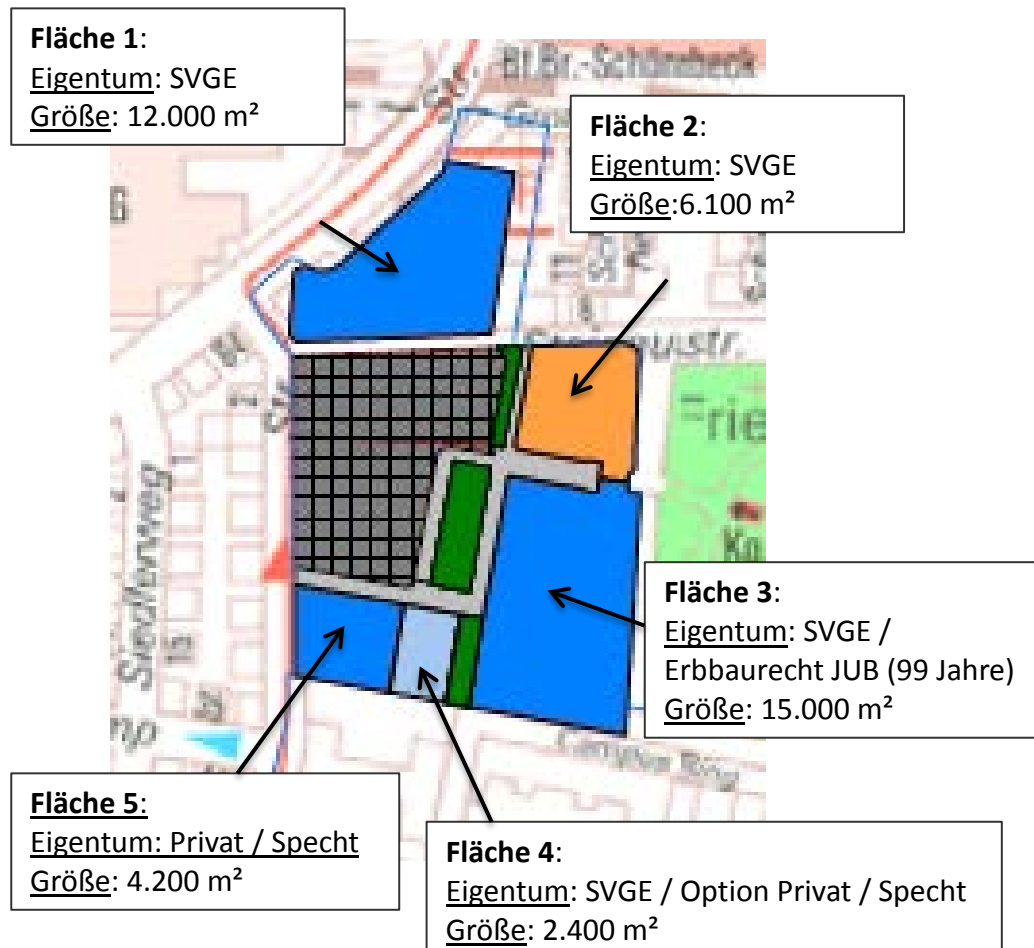
Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 31.05.2017)
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 31.05.2017)
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
36.	LAZLO Umsetzung und Evaluierung	31.05.2017	Abg. Frau Böschen	Zwischenbericht am 13.12.2017 erfolgt, nächster Bericht Ende 2018
38.	Konzept für eine Optimierung der Vergabestrukturen	30.08.2017	Abg. Reinken	Bericht in einem ½ Jahr (Anfang 2018)
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018
42.	Entwicklung kleinteiliger Gewerbeflächen	07.02.2018	Abg. Reinken	Erneuter Sachstandsbericht im 2. Halbjahr 2018
43.	Ausschöpfung des Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	

Bericht zum angestrebten Grundstückstausch der Jacobs University zwischen dem Oeversberg-Gelände und dem Gelände

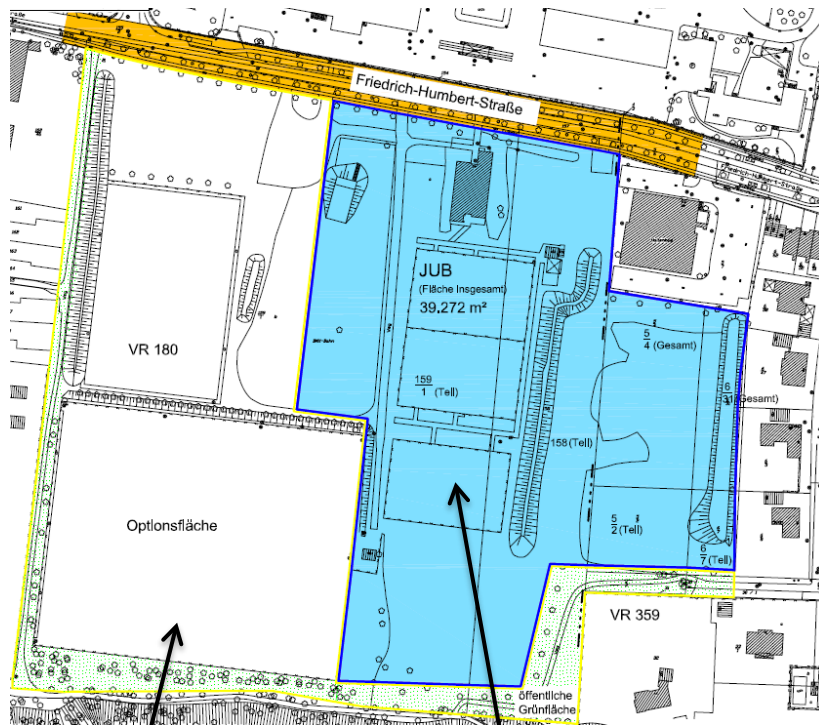
- Eigentumsverhältnisse -

Science Park



Flächenübersicht	
SVGE	18.100 m²
Fläche 1 / Eigentum	12.000 m²
Fläche 2 / Eigentum	6.100 m²
JUB	15.000 m²
Fläche 3 / Erbbaurecht	15.000 m²
Privat / Specht	6.600 m²
Fläche 5 / Eigentum	4.200 m²
Fläche 4 / Option	2.400 m²

Oeversberg



Fläche 7:
Eigentum: SVGE /
 Option JUB
Größe: 34.100 m²

Fläche 6:
Eigentum: JUB
Größe: 39.272 m²

Flächenübersicht	
JUB	58.372 m²
Fläche 6 / Eigentum	39.272 m ²
Fläche 7 / Option	19.100 m ²